

Die fünfzehnte Legislaturperiode des Bundestages tritt nach der Sommerpause in ihre zweite Halbzeit. Das ist für Regierung wie Opposition der gegebene Zeitpunkt zur Zwischenbilanz. Für die Union, insbesondere für die CDU, bietet sie Grund zur Genugtuung ebenso wie Ansporn dazu, den vor zwei Jahren um Haaresbreite verfehlten Sieg bei der Bundestagswahl in zwei Jahren nachzuholen. Die Chancen dafür stehen gut, so gut, dass der Erfolg von Unvorsichtigen bereits antizipiert wird. Die demoskopischen Erkenntnisse stützen diese Erwartung massiv. Seit Anfang der Legislaturperiode weisen die Umfragen für die Union ein Zustimmungsniveau aus, das die SPD weit überflügelt hat, ja zeitweise doppelt so viele Zustimmungsprozente wie die ausweist, die auf den Konkurrenten SPD entfallen.

Klärung der Führungsfrage

Ebenso ungewöhnlich wie dies ist die Konstanz dieses Befundes, für den sich im langjährigen Vergleich kaum eine Parallele findet. Einer der Gründe dafür ist die Klärung der Führungsfrage. Der Führungsanspruch von Angela Merkel wird in der Partei von niemandem infrage gestellt. Sie hat Partei- und Fraktionsvorsitz in ihrer Hand vereinigt, so wie es unter Kohl von 1976 bis 1982 und unter Schäuble von Ende 1998 bis 2000 auch der Fall war. Das sind wesentliche Voraussetzungen für den inzwischen eingetretenen Gewinn an Unterstützung. In der öffentlichen Wahrnehmung werden sie als Wirkungsfaktoren jedoch kaum wahrgenom-

men. Dort gilt die Ablehnung der von der Bundesregierung betriebenen Politik als der alles andere in den Schatten stellende Grund für die Schwäche der SPD wie für die Stärke der Union.

Benennen statt Vertuschen

„Wenn am Sonntag Wahlen wären“... das ist die Formulierung, mit der Mitglieder und Sympathisanten der Union derzeit in der sicheren Zuversicht argumentieren, dass dann der Wahlsieg sicher wäre. Das ist für die Anhängerschaft eine legitime Betrachtungsweise. Für die Führung ist sie das nicht. Von ihr dürfen derzeitige Umfrageergebnisse und Stimmungshochs nur als Chance begriffen werden. Nur zu gut weiß sie, dass die Umsetzung einer Chance in einen Wahlsieg kein Selbstläufer ist und dass sie oft genug misslingt. Die letzte Bundestagswahl hat es einmal mehr bestätigt.

Dass ihr dies stärker bewusst ist als der Mehrzahl der Mitglieder, hat Frau Merkel zu Beginn der parlamentarischen Sommerpause in einem Interview bestätigt, das sie der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* gab. Darin überraschte sie mit der für eine Parteivorsitzende erstaunlich kritischen Beurteilung des Zustandes der CDU. Ihr Befund lautet, dass es der CDU an Geschlossenheit, Stringenz und Glaubwürdigkeit mangle und dass sie derzeit nicht ausreichend in der Lage sei, sich als glaubwürdige Alternative zu Rot-Grün den Wählern zu empfehlen. Ihr Hinweis auf den hohen Anteil der Bevölkerung, der ihr die Fähigkeit, die richtigen Antworten

auf die drängenden Fragen zu geben, ebenso wenig zutraut wie den anderen Parteien, spricht für ihr Problembewusstsein. Merkels Äußerung mag ob der Unbefangenheit, mit der sie die von ihr erkannten Mängel beim Namen nennt, die eigenen Anhänger befremden; sie mag auch als taktisch problematisch beurteilt werden, weil sie von politischen Gegnern als Bestätigung ihrer Kritik an der CDU genutzt werden kann. Das nimmt ihr jedoch nichts von ihrer Bedeutung. Was bleibt, ist der Beleg der Sachkompetenz und des Selbstvertrauens der CDU-Vorsitzenden, die eigene Partei dafür gewinnen zu können, erkannte Mängel zu beseitigen statt den bequemeren, aber auch riskanteren Weg des Vertuschens zu gehen.

Differenzen, keine Zerwürfnisse

Zwei Feststellungen Merkels sind von Gewicht: die fehlender Geschlossenheit und die unzureichender Glaubwürdigkeit als Alternative zur rot-grünen Koalition. Die Frage nach der Geschlossenheit ist zum einen CDU-intern, zum anderen unionsintern zu betrachten. Derzeit fallen vor allem die Meinungsunterschiede zwischen CDU und CSU auf. Das heißt aber nicht, dass die CDU zu allen Themen nur eine Meinung hätte. Das gilt weder für alle Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik, als Beispiel sei nur an die Aufnahme der Türkei in die EU erinnert, noch für die derzeit die öffentliche Diskussion dominierenden Fragen der Sozialpolitik. Die Antworten, mit denen Wirtschaftsflügel und Mittelstandsvereinigung die sozialpolitischen Herausforderungen bewältigen wollen, sind von denen der Sozialausschüsse zum Teil sehr verschieden. Das gilt vor allem für das Ausmaß, in dem die sozial Schwächeren belastet werden sollen. Die derzeit im Vordergrund der Diskussionen stehende Reform des Gesundheitswesens ist nur Teil einer weiter gespannten Problematik. Dass dabei taktische Überlegungen aller Beteiligten, etwa

anstehende Wahlen, eine Rolle spielen, ist parteienimmanent. Öffentlich klingen solche Differenzen immer wieder an. Das Auffälligste an ihnen ist aber, dass es hierdurch nicht zu ernsteren oder gar schwer wiegenden Auseinandersetzungen innerhalb der CDU kommt. Es sind Differenzen, keine Zerwürfnisse. Zwei Gründe sind dafür von Gewicht. Das ist die in der CDU unumstrittene Einsicht, dass die schwere Wachstumskrise und die damit verbundene hohe Arbeitslosigkeit nur überwunden werden können, wenn die Lohnnebenkosten drastisch gesenkt werden, der Arbeitsmarkt flexibilisiert wird, die Arbeitslosigkeit nicht nur durch ein Wachsen der Wirtschaft, sondern auch dadurch bekämpft wird, dass diejenigen, die es sich in der „sozialen Hängematte“ auf Dauer bequem gemacht und kein wirkliches Interesse an einer Rückkehr in die Arbeitswelt haben, materielle Gründe für eine Verhaltenskorrektur bekommen. Diskussionen gibt es folglich nicht über das „Ob“ entsprechender Maßnahmen, sondern nur über das „Wie“.

Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten

Noch wichtiger für die enge Begrenzung der Diskussion über interne Meinungsunterschiede in der CDU ist die geklärte Führungsfrage. Dafür hat die Art und Weise, wie es der Vorsitzenden gelungen ist, ihren Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten durchzusetzen, zentrale Bedeutung. Der politische Wert, den Frau Merkel daraus gewonnen hat, ist kaum zu überschätzen.

Merkel gelang es, eine extrem schwierige Konstellation, in der persönliche Interessen hoher CDU- und CSU-Politiker sowie der Anspruch der als künftigen Koalitionspartner agierenden FDP gegeneinander standen, zur Zufriedenheit aller aufzulösen. Sie brachte nicht nur den Mann ins Präsidentenamt, für den sie sich lange vor seiner Wahl bereits entschieden

hatte. Es gelang ihr vielmehr, dies auch noch als Ausfluss des Willens aller Beteiligten, insbesondere des CSU-Vorsitzenden Stoiber und des FDP-Vorsitzenden Westerwelle, zu präsentieren und alle Beteiligten zufrieden zu stellen – sieht man von denen ab, deren Hoffnungen auf das Amt unberücksichtigt blieben. Mit dieser Meisterleistung hat sie allen Gedankenspielen um ihr Amt und ihre Person in der CDU bis auf weiteres ein Ende bereitet. Das wirkt sich in der CDU auf den Umgang mit Sachfragen aus, denn Überlegungen, sie für personalpolitische Zielsetzungen zu instrumentalisieren, fehlen nunmehr realistische Voraussetzungen. Das kommt der Geschlossenheit der Partei zugute und stärkt die Motivation, die derzeitige Führung im Kampf um die Macht zu unterstützen, denn nur so erscheinen unter den nun gegebenen Umständen eigene Karrierewünsche erfüllbar.

Kanzlerkandidat der CSU

Anders nimmt sich das Gesamtbild der Union aus, also das Verhältnis zwischen CDU und CSU. Erstmals in der gemeinsamen Geschichte beider Parteien war es Anfang 2002 gelungen, einen CSU-Vorsitzenden nicht nur als gemeinsamen Kanzlerkandidaten der Union zu küren – das war mit Franz Josef Strauß schon 1979 geschehen –, sondern ihm auch die uneingeschränkte Unterstützung der CDU zuteil werden zu lassen. Das war im Wahlkampf 1980 angesichts des zerrütteten Verhältnisses zwischen Strauß und dem damaligen CDU-Vorsitzenden Kohl nicht möglich gewesen. Ein Ringen um die Macht, also um die Kanzlerkandidatur, war auch diesmal der Entscheidung vorausgegangen – allerdings mit einem wichtigen Unterschied.

Diesmal standen beide Unionsvorsitzende nicht konfrontativ als Personen gegeneinander im Wettbewerb. Es war ein Wettbewerb um die Unterstützung der

CDU-Spitze, konkret um die der Mitglieder des CDU-Präsidiums, der die Entscheidung brachte. Und ebenso wesentlich wie dies ist die Unterschiedlichkeit der Personen, zwischen denen die Entscheidung fiel. Ihr Machtwille war diesmal auf beiden Seiten von hoher Selbstdisziplin und der Bereitschaft gezügelt, eigene Wünsche den Erfolgchancen der Union unterzuordnen. Das machte es möglich, sich binnen kurzem auf ein gemeinsames Wahlprogramm zu verständigen und alle Ressourcen von CDU und CSU zu bündeln. Diese Geschlossenheit wurde von der CSU mit dem bayrischen Landtagswahlkampf beendet. Mit einem so genannten „Sofortprogramm“ distanzierte sich die CSU von kurz zuvor in der Fraktionsführung gemeinsam beschlossenen Sachaussagen. Was damals CDU-intern noch als Ausdruck eines – wahlkampfbedingten und folglich tolerablen – Profilierungsbedürfnisses hingenommen wurde, hat sich inzwischen als Dauerzustand etabliert und auf Fragen wie die Steuerreform und die Gesundheitsreform ausgeweitet. Dass diese Differenzen ausschließlich sachlich begründet sind, widerspricht nicht nur der politischen Erfahrung, sondern auch der Tatsache, dass CDU und CSU nach der Einigung über die alles entscheidende Personalfrage des Kanzlerkandidaten blitzschnell zu einem gemeinsamen „Regierungsprogramm“ fanden.

Differenzen zwischen Merkel und Stoiber

Die Festlegung auf Stoiber als Kanzlerkandidaten galt zunächst bis zum Wahltag, dem 2. September 2003. Als Frau Merkel am Tag nach der knapp verlorenen Bundestagswahl gefragt wurde, ob der Anspruch Stoibers auf das Kanzleramt damit erledigt sei oder fortbestehe, antwortete sie mit der Feststellung, Stoibers Anwartschaft auf das Kanzleramt gelte für die gesamte Legislaturperiode. Als Merkel und Stoiber wenige Monate da-

nach öffentlich gefragt wurden, ob diese Vereinbarung fortgelte, wichen beide einer Antwort aus. Das lässt nur einen Schluss zu, nämlich den, dass zwischen beiden Unionsvorsitzenden hierüber keine Übereinstimmung mehr besteht; konkret, dass Merkel intern nicht mehr zu dieser Position steht – aber ebenso wenig wie Stoiber ein Interesse daran hat, dieses Thema derzeit öffentlich zu erörtern. Indirekt bestätigte sie die veränderte Lage mit der Versicherung, man werde sich – sollte noch während dieser Legislaturperiode die Kanzlerfrage für die Union akut werden – sehr schnell in der Personalfrage verständigen. Stoiber machte seinerseits erst vor wenigen Wochen klar, dass für ihn nicht nur diese Frage offen ist, sondern auch die, wer 2006 als Kanzlerkandidat der Union in den nächsten Bundestagswahlkampf ziehen wird. Diese Frage, so teilte er mit, werde erst Anfang 2006 so entschieden, wie dies 2002 der Fall gewesen sei. Auch diesmal müsse derjenige Kanzlerkandidat werden, der die besten Wahlchancen habe. Das ist eine Position, die von der faktischen Vorfestlegung, der CDU auf Merkel, weit entfernt ist.

Große Koalition?

Stoiber machte auch deutlich, dass die CSU – und damit insbesondere er selbst – nicht nur in Sachfragen wie den Details der Steuerreform oder der Gesundheitsreform und der Einführung einer Kopfpremie unabhängig von der CDU ist, sondern sich auch zum Koalitionsthema eigene Gedanken macht. Während Merkel nie einen Zweifel daran aufkommen ließ, dass für sie nur eine Koalition mit der FDP infrage kommt und sich der FDP-Vorsitzende Westerwelle auf dem Empfang der CDU zu Merkels 50. Geburtstag diesbezüglich ebenfalls öffentlich festlegte, konnte man in einer Sonntagszeitung nachlesen, dass Stoiber sich auch etwas ganz anderes vorstellen kann: eine

große Koalition mit der SPD nämlich. Gewiss, der CSU-Vorsitzende erklärte sie nicht zu seinem Ziel, auch die CSU, so versicherte er, bevorzuge 2006 eine Koalition mit der FDP – aber, wenn das Wahlergebnis dafür spreche, dürfe man im Interesse des Landes und der Größe der zu lösenden Aufgaben eine Koalition mit der SPD nicht ausschließen.

Um erkennen zu können, wie ungewöhnlich diese öffentliche Äußerung des CSU-Vorsitzenden ist, muss man berücksichtigen, dass bislang jede gedankliche Erwägung einer großen Koalition in den Reihen der Union mit dem Hinweis endete: „... aber das ist mit der CSU nicht zu machen.“ Zumindest dies hat sich durch Stoibers öffentliche Erwägung geändert.

Stummer Teilhaber

All dies belegt, dass Merkels Hinweis auf die unzureichende Geschlossenheit begründet ist. Das gilt auch für ihre Beurteilung, der CDU fehle es an einem politischen Profil, mit dem sie sich als überzeugende Alternative zur Koalition darstellen könne. Dafür trägt Merkel vor allen anderen Verantwortung – nicht nur, weil sie seit nunmehr vier Jahren Partei- und seit fast zwei Jahren zugleich auch Fraktionsvorsitzende ist, sondern weil sie inhaltliche Konfrontationen konsequent vermieden hat. Das gilt für alle Bereiche, von den großen wertbezogenen Fragen bis hin zur Konkretisierung der Reformpolitik. Durch ihr Verhalten im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat hat sich die Union in wichtigen Teilbereichen zum stummen Teilhaber der rot-grünen Koalition gemacht. So konnten die Gesetze zur Gesundheitsreform, zur Rentenbesteuerung, zur Umsetzung der Brüsseler Agrarpolitik und das Zuwanderungsgesetz nur durch ihre Mitwirkung verabschiedet werden. Auch in den großen Fragen der Europapolitik ist die Union unter Merkels Einfluss auf die Haltung der Regierung eingeschwenkt.

Das gilt beispielsweise für den EU-Verfassungsvertrag. Dort hatten CDU und CSU einen langen Forderungenkatalog beschlossen, von dessen Erfüllung sie ihre Zustimmung abhängig machen wollten. Er reichte von dem Gottesbezug in der Präambel der Verfassung über den Erhalt der nationalen Zuständigkeit in Fragen der Ausländerpolitik, des Schutzes der Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank bis hin zur Verlagerung von Kompetenzen auf die EU in Fragen der Wirtschafts-, der Finanz- und Steuergesetzgebung. An eine Bindung ihrer Zustimmung an die Erfüllung ihrer Forderungen ist aber ebenso wenig gedacht wie daran, am eigenen Veto gegen eine Aufnahme der Türkei in die EU als Vollmitglied festzuhalten. Ohne Gründe dafür genannt zu haben, hat die CDU-Spitze damit begonnen, auch diese Position zu räumen und auf Regierungskurs einzuschwenken. Ebenso ist sie unter Merkel mit dem Thema Einwanderung verfahren. Daran, dass sie über Jahrzehnte an dem Postulat festhielt „Deutschland ist kein Einwanderungsland“, will die Merkel-CDU nicht erinnert werden. Sie hat dem Zuwanderungsgesetz, das ausdrücklich das Gegenteil feststellt, zugestimmt und rechtfertigt ihre Entscheidung damit, durch Änderungen an den Details des Gesetzes das Schlimmste verhindert zu haben. Auch in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die – wenn überhaupt – dann nur noch eine marginale Rolle in der politischen Öffentlichkeit spielen, setzt

die CDU keine Kontrapunkte, von der Entwicklung alternativer Vorstellungen ganz zu schweigen.

Glaubwürdige Alternative?

Es rundet dieses Bild der Übereinstimmung mit der Politik von Rot/Grün ab, dass Frau Merkel ihren Geburtstagsempfang ihrem Wunsch-Koalitionspartner Westerwelle zur Verfügung stellt, um sich öffentlich zu seiner Homosexualität zu bekennen. Das ist keine Frage der Bundespolitik, wohl aber des Lebensstils. Dieser Vorgang gehört unter das Kapitel dessen, was „man tut“ und „was man nicht tut“. Es ist noch nicht lange her, dass dieser Vorgang für einen Politiker erhebliche Konsequenzen nach sich gezogen hätte. Es ist die Sache der CDU, wie sie sich zu diesem Bruch mit – zumindest früher – für sie ungeschriebenen, aber verbindlichen Verhaltensmaßstäben stellt und ob er ihrem heutigen Lebensgefühl und ihrer Einstellung entspricht.

Unter dem Aspekt, als „glaubwürdige Alternative zu Rot-Grün“ wahrnehmbar zu sein, aber hat dieses Ereignis in jedem Fall Bedeutung. Er spricht nicht dafür, dass sich die Vorsitzende in ihrer bisher verfolgten Taktik, die CDU dorthin zu führen, wo die politischen Gegner schon sind, aufhalten lassen wird. Was unter diesen Umständen ihre Kritik mangelnder Glaubwürdigkeit, eine überzeugende Alternative darzustellen, bewirken soll, bleibt offen. Abzuwarten bleibt auch, ob dies in der Partei Reaktionen auslöst – und wie sie ausfallen werden.

Die Oktoberausgabe der Politischen Meinung 2004 erscheint zu dem Schwerpunkt

Energie.

Die Beiträge werden sich unter anderem mit den Aspekten Energiegewinnung, Energieeffizienz und erneuerbare Energie befassen.